

# Nachrichten aus Brüssel

@ greens87 – stock.adobe.com

## **EU-Kommission stellt Maßnahmenpaket zur Fachkräftesicherung vor**

Anfang März hat die Europäische Kommission in Brüssel ein Maßnahmenpaket mit dem Titel „Union of skills“ (Union der Kompetenzen) vorgestellt, um einem angesichts des demografischen Wandels in allen EU-Mitgliedsstaaten dramatisch wachsenden Fachkräftemangel zu begegnen und die EU als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu erhalten.

Zentrales Ziel ist es, die Fähigkeiten und beruflichen Kompetenzen der Menschen durch gute Bildung, eine kontinuierliche Qualifizierung, lebenslanges Lernen und Umschulungsmaßnahmen an die tatsächlichen Anforderungen der Arbeitswelt, insbesondere die Digitalisierung, anzupassen. Zudem soll die Wettbewerbsfähigkeit durch die Anziehung und Bindung von Talenten aus Drittstaaten verbessert werden. Insgesamt werden in der Mitteilung 23 Initiativen vorgelegt, um diese Ziele zu erreichen. Gleichzeitig ruft die EU-Kommission die EU-Mitgliedsstaaten auf, mehr Geld in Bildung zu investieren.

## **Critical Medicines Act: Erster Verordnungsentwurf**

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für einen sogenannten „Critical Medicines Act“ vorgelegt. Der Verordnungsvorschlag, der eines der wesentlichen gesundheitspolitischen Gesetzgebungsprojekte der kommenden Jahre sein wird, soll die Verfügbarkeit von Arzneimitteln, die für die medizinische Versorgung kritisch sind, in der Europäischen Union verbessern.

Mit dem Critical Medicines Act werden die Lehren aus den in der Covid-19-Pandemie gewonnenen Erfahrungen gezogen. Ziel ist es vor allem, Anreize für eine Diversifizierung der pharmazeutischen Lieferketten zu schaffen und die Herstellung von Arzneimitteln innerhalb der Europäischen Union zu fördern. Auf diese Weise will man die bisherigen strukturellen Abhängigkeiten von anderen außereuropäischen Staaten verringern.

Zudem sollen wichtige Arzneimittel, die bislang auf bestimmten Märkten möglicherweise nicht erhältlich waren, europaweit besser zugänglich gemacht werden. Der Verordnungsvorschlag ist Teil der Bestrebungen, schrittweise eine Europäische Gesundheitsunion zu etablieren.

## **Neue Binnenmarktstrategie geplant**

Auf EU-Ebene mehren sich die Zeichen, dass die europäische Binnenmarktpolitik neue Impulse bekommen wird. Herausgehobenes Ziel der zweiten Von-der-Leyen-Kommission ist die Steigerung der europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit.

Angesichts sich zunehmend abschottender Wirtschaftsräume möchte die EU-Kommission die eigenen Stärken der EU, also vor allem den gemeinsamen Binnenmarkt, ausbauen, um dem Druck aus Nordamerika und China besser begegnen zu können. Bis zur Jahresmitte will die EU-Kommission daher eine neue horizontale Binnenmarktstrategie vorlegen. Aktuell laufen die Vorbereitungen auf Arbeitsebene in der Brüsseler Behörde.

Im Zentrum wird der Dienstleistungssektor stehen. So sollen die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen in der EU und die Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfacht werden. Zudem sollen die bestehenden Binnenmarktregeln konsequenter umgesetzt und digitale Behördengänge weiter vereinfacht werden. Inwieweit sich diese Zielsetzungen auf die freien Berufe und deren Selbstverwaltung auswirken werden, bleibt abzuwarten. Bereits vor mehr als zehn Jahren hatte die Kommission weitgehend erfolglos eine ähnliche Diskussion angestoßen. Die politische Großwetterlage dürfte den Druck auf die EU-Mitgliedsstaaten mittlerweile aber deutlich erhöht haben, dem Wunsch nach einer Vertiefung des Binnenmarktes auch Taten folgen zu lassen.

*Dr. Alfred Büttner  
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK*